



BmU e.V. Unabhängige Wählergemeinschaft

Der Vorsitzende
Bernhard Osterwind
Bergstr. 13, 40699 Erkrath
Tel.: 02104/46506
e-mail: bmu@bmu-erkath.de

04.04.2010

Rechenschaftsbericht 2010

Liebe Mitglieder der *BmU* e.V.,

meine Aufgabe ist heute, im April 2010, Rechenschaft abzulegen über das, was der im Mai 2009 gewählte Vorstand der *BmU* e.V. sowie die Fraktion in der Zwischenzeit bis heute zu verantworten hat.

Es war nicht nur das Werk dieses Vorstandes, sondern weit darüber hinaus das Werk von Ratskandidaten der *BmU*, einer wachsenden Zahl von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern die mit viel persönlichem Einsatz und zum Teil hohen finanziellen Opfern einen fleißigen, in der Wahlkampagne eckig mutigen, inhaltsreichen Wahlkampf geführt haben.

Und dies ist auch das Werk der vielen Aktiven der Oppositionsjahre. Angefangen von der Gründergeneration mit Christoph Courage, Michael Ditsche, Martin Kleinwächter, Peter Schreiber und Rudolf Wacker über die Zeit, in der mit Angela Klinkhammer-Neufeind und Peter Schreiber die *BmU* nur zwei Ratssitze stellte.

Die *BmU*-Fraktion ist 2009 von 4 auf 9 Ratsmitgliedern angewachsen!

Wir sind nach CDU und SPD die drittstärkste Kraft.

Wir haben nach dem alten Rekordergebnis bei der Kommunalwahl 2004 mit 9,3 % unsere Wählerschaft nun auf 18,7 %, das waren 3599 Stimmen, geschraubt!

Wir haben einen Wahlkreis mit großem Abstand gewonnen und in einem Wahlkreis nur um zwei Stimmen den direkten Sieg verpasst.

Wir haben in Hochdahl mehr Stimmen bekommen als die SPD.

Wir waren im gesamten Kreisgebiet die UWG mit der höchsten Steigerung.

Die Mitgliederentwicklung der *BmU* ist positiv.

Bürgerinnen und Bürger mit großer Kompetenz aus der *BmU* und aus der Bürgerschaft konnten wir an die ehrenamtliche Arbeit für Erkrath heranzuführen. Beispielhaft sei hier genannt Prof. Liepach, Ernst Eumann, Christina Enderlein, Peter Heinze. Erkrath braucht noch mehr Menschen, die mit Herz und Hand für diese Stadt eintreten.

Ich habe daher in erster Linie heute zu Danken: der Sachlichkeit, dem Zusammenhalt in der *BmU*, den großen Opfern an Zeit und Geld, der finanziell z.T. beträchtlichen Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern (im Endspurt ging uns gegenüber der materiell und personell fulminanten Wahlkampfschlacht der SPD fast die Luft aus), der Werbeagentur Schlotbaron aus Hamburg mit ihrem innovativen Konzept und in erster Linie den Erkratherinnen und Erkrather Wählern. Wir danken denen, die uns gewählt haben für ihr Vertrauen, denen, die uns nicht gewählt haben, danken wir für ihre Wahlbeteiligung. Wir erkennen in der Partei der Nichtwähler immer noch die größte Gruppe, die uns herausfordert.

Eine Ratsmehrheit ohne uns ist im Rathaus zurzeit nur schwer darstellbar. Wir haben mit allen in Frage kommenden Parteien gesprochen und begründet, warum wir dann konkretere

Verhandlungen mit SPD und Grünen aufgenommen. Wir legen der Mitgliederversammlung heute das Verhandlungsergebnis mit SPD und Grünen vor.

Ich will hier deutlich machen, dass wir den Wechsel in Erkrath nicht einfach als Farbenwechsel in eine andere Parteirichtung verstehen. Statt des ehemaligen schwarzgelben Einheitskaros wird es kein Rotgrünes Einheitskaro geben.

Wenn wir nur eine Kooperation statt einer Koalition in Erkrath haben wollen, dann liegt das daran, dass wir die Unabhängigkeit nicht nur im Namen sondern auch im Politikstil führen wollen. Wir sind der Sachlichkeit, der Offenheit, der Bürgernähe und der Zukunft Erkraths verpflichtet. Und wir haben Partner gesucht, die das mittragen.

Wir halten keiner Ideologie, die sich nicht selbst in Frage stellen kann, den Steigbügel. Alle Sachfragen gehören ohne Denkverbot einem ständigen Wettbewerb der Ideen und der Kritik ausgesetzt. Was sich dort nicht als vernünftig durchsetzen und begründen kann gehört nicht in unser Programm.

Mit SPD und Grünen verbindet uns keine Liebe. Es waren sehr zahlreiche, sehr anstrengende Verhandlungen, um zu einem tragfähigen Konsens zu kommen. Die gemeinsamen Oppositionsjahre und die ersten Monate im neuen Rat zeigen aber eine ausreichende Basis an Grundvertrauen. Die großen Schwierigkeiten in der Kooperation entsprechen der Größe der Aufgabe:

Wir befinden uns in der größten Finanzkrise seit dem Wirtschaftswunder und diese trifft Erkrath unvorbereitet.

Ich will hier nicht alle Initiativen unserer Oppositionsarbeit auflisten, die vor einer solchen Situation gewarnt haben. Erinnerung sei nur, dass wir als einzige Fraktion gegen die millionenschwere Sanierung des Zweitbades in Hochdahl waren, was uns sehr viel Kritik eingebracht hat. Heute brauchen wir diesen Mut erst recht.

Die Parteien in den Regierungen versagen in der Aufgabe, den Kommunen ausreichende Finanzmittel zu geben.

Wenn bisher in einer Rezession die Einnahmen aus Einkommen- und Gewerbesteuer einbrachen, stopfte der Finanzausgleich die größten Löcher. Jetzt werden die Kosten der Krise einfach nach unten durchgereicht. Beispiel sind die Einnahmeausfälle durch die Krise der WestLB – über den Sparkassenverbund zum Teil als getarntem Umweg. Bezahlen müssen es die völlig Unschuldigen – versagt haben die überforderten Aufsichtsräte des Landes. Wenn voraussichtlich 60 % der Städte ihren Haushalt von der Aufsicht genehmigen lassen muss, dann stimmt doch etwas nicht. Und wenn sich die Basis der Parteien seit Jahrzehnten in der Frage der Kommunalfinzen nicht nach oben durchsetzen kann, dann zeigt das, dass in den Regierungsparteien ein paar Dompteure von oben nach unten regieren und nicht umgekehrt.

Die CO-Pipeline lässt als Beispiel grüßen.

Durch das Wahnsinnsbeschleunigungsgesetz (angeblich: Wachstumsbeschleunigungsgesetz) gehen Ländern und Kommunen geschätzt vier Milliarden Euro verloren. Und zwar dauerhaft. Die vorherigen Konjunkturpakete kosteten allein die Kommunen weitere vier Milliarden Euro.

Gewehrt haben sich die verantwortlichen Lokalpolitiker ohne Erfolg. Die Kommunen haben weniger hartnäckig für ihre Existenzgrundlagen gekämpft als ein paar Hoteliers, welche die Mehrwertsteuerermäßigung für ihr Gewerbe durchsetzen konnten.

Die Aufgaben wachsen trotzdem.

Es gilt in Schulen, Kindergärten, Betreuungsmöglichkeiten der Jüngsten, Bildungsorte wie das Naturschutzzentrum Bruchhausen und in Vereine zu investieren. Gleichzeitig soll die

Schuldenlast für die heranwachsende, zahlenmäßig kleinere Generation, in Grenzen gehalten werden. Gleichzeitig soll unser Anteil an der Klimakatastrophe verringert werden. Gleichzeitig sollen die Migranten besser integriert werden, Sprachförderung nicht nur der Migrantenkinder ist zu intensivieren. Gleichzeitig sollen wir das Problem der vielfältigen Störungen der öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsgefühls in den Griff bekommen. Der SPNV ist seit Jahren eine Ausbeutungsmaschinerie für Kunden und Kommunen zu Gunsten der DB-Regio. Hier wird der Börsengang der Bahn vorfinanziert.

Die Gebühren für die Musikschule, selbst für die Beerdigungen steigen in unzumutbare Höhe.

Verwaltung muss kooperativer und besser werden

Der Bürgermeister, der seit der Kommunalwahl politisch regelrecht abgetaucht ist, überschreitet den Rubikon, wenn er dabei bleibt, die OGATas vor allem an der Falkenstraße wegen des noch nicht verabschiedeten Haushaltes in Frage zu stellen. Das gilt auch, falls die Verwaltung sich weigert, z.B. die Tempo 30 Beschlüsse umzusetzen.

Süchtig nach Konflikten mit uns ist die Verwaltung auch in der Frage der Baumfällungen. An der Max Planck Str. soll erst eine Zugprobe (der Elchtest der Bäume am Hochdahler Markt) und dann der für die Stabilität notwendige Rückschnitt der Kronen (seit vielen Jahren von der Bürgerinitiative angemahnt) erfolgen. Die Vorgänge um die Baumfällungen an der Narzissenstraße, wo die Verwaltung trotz Baumgutachten eines vereidigten Sachverständigen und gegenteiliger Zusage standfeste Bäume fällen ließ, sowie der Plan, am Willbecker Busch ca. 60 gesunde alte Buchen fällen zu wollen, tragen zum Eindruck der Konfliktsuche bei.

Es sind gravierende Mängel in der Erkrather Verwaltungsorganisation festzustellen. Allein der letzte Gemeindeprüfungsbericht weist eine Fülle von Organisationsmängeln auf.

Aus den letzten Monaten seien zusätzlich folgende Beispiele genannt:

Wenn aus 450.000 € zur Förderung der Erweiterungspläne der Firma Seco Tools nun weitere 205.000 € zur Neuverlegung des Wirtschaftsweges hinzukommen, so ist das eine sehr unangenehme Überraschung.

Der Grund sind Kabel, die an der falschen Stelle verlegt wurden. Das ist der gleiche Grund, der immer wieder am Hochdahler Markt für Stromausfälle und Telefonausfälle sorgt. Hier macht die Verwaltung kein gutes Bild.

Wenn die Stadt zunächst 500.000 € zu viel Gewerbesteuer an das Land zahlen muss, weil die Stadt einfach zu hohe Einnahmen an das Land gemeldet hat, ist das ebenfalls peinlich.

Wenn aus dem Haushaltstitel zur Betriebsführung der Straßenbeleuchtung 2009 Gelder zur Erhaltung der Verkehrsflächen in Anspruch genommen wurden und deswegen 112.000 € in 2010 überplanmäßig bereitgestellt werden müssen, so muss auch damit der Rat äußerst unzufrieden sein.

Das Vertrauen in unsere Verwaltung, in das Rathaus insgesamt, ist in unserer Bevölkerung in weiten Teilen gebrochen, wobei das bei Weitem nicht dem Engagement in vielen Teilen der Verwaltung gerecht wird.

Es gibt nur einen Weg der Kooperation aus dieser Situation heraus. Verwaltung, an der Spitze der Bürgermeister, Parteien, Vereine, Bevölkerung, Unternehmer, Grundstückseigentümer müssen die Politik der kleinen und großen Schritte gemeinsam gehen. Konstruktiv und nicht Konfrontativ. Mehr Blick für die Qualität als für die Quantität.

Die *BmU* lädt als Teil dieses Prozesses dazu ein.

Der Bürgermeister hat einen Haushaltsentwurf festgestellt, der nicht genehmigungsfähig ist. Wir warten nun auf seine neuen Vorschläge, wie wir einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf beschließen können. Wir können uns aber in diesen wichtigen Fragen nicht auf die Verwaltung verlassen. Wir müssen auch selber bereit sein, das Wünschenswerte zu opfern, um das dringend notwendige im Kern zu erhalten und die entscheidenden Gesundheitimpulse zu setzen. Auch dies muss ein offener Prozess sein, zu welchem wir die Bürgerinnen und Bürger einladen. Unter der Internetseite www.erkrath-spart.de zeigen wir die Situation des Haushaltes auf und rufen auf, konstruktiv Vorschläge zur Gesundung des Haushaltes zu diskutieren und einzubringen.

Der Rat steuert nun um:

Unser Antrag auf Aufstellung eines professionellen Stadtentwicklungskonzeptes ist angenommen.

Wir haben einen Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, der auch personell zeigt, wo in Zukunft unsere Hauptarbeitsfelder liegen. Gerd Paulus und Prof. Liepach haben hier die Arbeit aufgenommen – sie tun vieles, was man öffentlich noch gar nicht sehen kann, was zum Teil erst in vielen Monaten oder einigen Jahren Früchte tragen wird.

Die demographischen Rahmenbedingungen zeigen, dass Erkraths Zukunft nicht mehr in der Bebauung der letzten Feiflächen liegt. Der vorhandene Bestand ist sowohl im Bereich Wohnsiedlung wie Gewerbe neu in Wert zu setzen, aufzuwerten. Das kann die Stadt als Verwaltung oder Politik nicht allein, hier sind vor allem die Eigentümer von Gewerbe- und Wohnimmobilien aufgerufen, die Situation realistisch einzuschätzen und vor allem qualitative Impulse zu setzen. Wir hoffen hier insbesondere auf einen Vermarktungserfolg der Neuen Mitte Erkrath und dem Zuzug junger Familien. Wir werden ja an diesem Beispiel sehen, ob die Bereitstellung frischen Wohnraums sich in Einnahmesteigerungen der Stadt umsetzen werden.

Die Ehrenamtskarte wird zusätzlich zur Familienkarte eingeführt werden.

Die Opposition versagt sich in dieser Situation: während die FDP die dringend notwendige Erneuerung der Duschen am Sportplatz Freiheitstrasse mit der Empfehlung ablehnt, die Kinder könnten auch zu Hause duschen, greift die CDU direkt zum Märchen:

Märchen 1: Angeblich seien auch wir die Schöpfer der Tränenliste in Höhe von 1,2 Mio. aus dem Dezember 09 und ...

Märchen 2: ...angeblich wollten wir sofort die Bavierschule schließen.

Nichts davon ist wahr, die Arbeit im Rat hat konkret das Gegenteil belegt, trotzdem bleibt die CDU bei ihrer Behauptung.

Und um auch mit dem vielfach durch die Presse gezogenen Märchen 3, dem Märchen des Kunsthandwerkermarktes aufzuräumen. Die Bedingungen, unter denen der Kunsthandwerkermarkt nun in Mettmann stattfinden wird, wurden dem Betreiber auch in Erkrath angeboten. Dann wäre es eine Veranstaltung der Stadt gewesen und keine mehr auf Gewinn ausgerichtete Veranstaltung eines selbstständigen Veranstalters. Selbstverständlich mit einer angemessenen Entlohnung für den Organisator auf Honorarbasis. Wir können vor der nächsten Generation nicht verantworten, Schulden anzuhäufen um kommerzielle Veranstaltungen in Stadthalle und Bürgerhaus zu ermöglichen – egal wie viel Spaß die Veranstaltung auch macht. Auch die nachfolgende Generation hat ein Recht auf kulturelle Veranstaltungen. Persönlich meine ich, dass auch die privaten Veranstaltungen außer denen der Vereine hierzu gehören, aber das war auch mit SPD, Grünen nicht zu machen.

Märchen 4 ist, dass von CDU/FDP und ihren Epigonen immer wieder zu hören war, der Haushaltsausgleich 2010 und Folgejahre wäre durch Fortsetzung des B-Planverfahrens Neanderhöhe zu schaffen gewesen. Was für ein Unsinn. Selbst mit Satzungsbeschluss 2010 für die Neanderhöhe wären die Unternehmen, die hier angeblich Schlange stehen um in Erkrath Gewerbesteuer zu zahlen, erst noch zu bauen gewesen. Und dann müssten diese die Gewinne erst erarbeiten. CDU und FDP hatten 10 Jahre die absolute Macht in Erkrath und haben das nicht gemacht, was sie jetzt bejammern.

Märchen 5 sind angebliche Denkverbote beim Stadtentwicklungskonzept. Bloß weil wir unsere Meinung zu den Themen Kleines Bruchhaus und Neanderhöhe nach der Wahl nicht abgestreift haben, sondern zu unserem Wählerwort stehen, heißt das noch lange nicht, dass das Stadtentwicklungskonzept nicht ergebnisoffen und professionell erstellt wird. Jedes potenzielle Baugebiet hat sich der Diskussion zu stellen, wir setzten die Substanzerhaltung und die Ertüchtigung des vorhandenen Bau- und Gewerbebestandes aber als Gegengewicht zu dieser Debatte ein. Angesichts einer schrumpfenden Gesamtbevölkerung möchte ich die Begründung für Bauten bis an den Rand des Neandertales oder des Naturschutzgebietes Bruchhausen hören. Bei ergänzenden Flächen kann man auch über den Hochdahler Osten, Erkrath Nord-Ost, Kemperdick oder andere Flächen reden, die sich da mehr aufdrängen. Vorrang hat aber die Bestandsentwicklung. Dass wir diskutieren wollen heißt nicht, dass wir keine eigene Meinung mehr haben.

Märchen 6 ist, dass die CDU, wie in Unterfeldhaus geschehen, aus nichtöffentlicher Sitzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke über das Abstimmungsverhalten einzelner Politiker berichten darf. Ausgerechnet die CDU, die immer für die größtmögliche Nichtöffentlichkeit der Aufsichtsratssitzungen gesorgt hat, hält sich nicht an Mindeststandards seriöser Kommunalpolitik.

Märchen 7: Zur Kommunalwahl präsentierte die CDU ein Erkrath, das nach 10 Jahren unter ihrer Führung modernste und bestens ausgestattete Schulen habe. Nun hören wir von der CDU, wir seien für marode Schulen und Sportstätten verantwortlich. Was lernen wir daraus? Immobilien überaltern innerhalb von 6 Monaten.

Immerhin: die Wahlniederlage hat bei CDU und FDP die Sprachfreudigkeit erhöht. Teilweise wird bereits wieder in den Ausschüssen diskutiert.

Seit fünf Monaten amtiert der neue Rat.

Wir haben die Grundsatzbeschlüsse Neanderhöhe gefasst, den Grundsatzbeschluss zur Bewahrung des Kleinen Bruchhaus in die Wege geleitet, die Finanzierung der Stiftung Bruchhausen gesichert, wir haben den Arbeitnehmern im Aufsichtsrat der Stadtwerke ihr Stimmrecht zurückgegeben, wir haben den Grundsatzbeschluss für Tempo 30 am Millrather Weg, auf dem südlichen Sandheider Ring und auf der Max Planck Str. gefasst, wir haben den Grundsatzbeschluss für einen Lärmaktionsplan gefasst, wir haben weitere Untersuchungen über die Auswirkungen des Düsseldorfer Generalverkehrsplanes auf Erkrath in Auftrag gegeben, für das Mobilfunkkonzept werden Realisierungsmöglichkeiten untersucht, der Klimaschutz und die Fernwärmeproblematik sind im Aufsichtsrat Stadtwerke angegangen: dies haben wir geschafft, obwohl die Kooperation zwischen SPD, BmU und Grünen noch nicht beschlossen war:

Für die kurze Zeit liegen so viele Richtungsentscheidungen in unserem Sinne vor, wie sie die BmU in den letzten 22 Jahren insgesamt nicht erreicht hat.

Wie viel noch kommen wird, hängt im Tempo auch von der Haushaltssituation ab. Wir stellen viel Wünschenswertes zurück, versuchen aber auch z.B. mit dem 10 € Zuschlag pro Grundschüler und der Steigerung der Schulverbrauchsmittel um 20% kleine Zeichen für die Bildung zu setzen.

Im Sport wird mit über 700.000 € zusätzlich zum neuen Kunstrasen in die Sportanlage Freiheitsstrasse investiert. Das Geld stammt aus den Konjunkturmitteln des Bundes.

Die Bavorschule liegt zentral so günstig, dass dieser Standort irgend möglich zu halten ist. Falls die Anmeldungen weiter unter der Mindestzahl für eine Klasse bleiben, muss ggf. die Kooperation mit der Falkenstraße den Standort sichern.

Die Drehleiter für die Feuerwehr steht mit ca. 600.000 € Kosten an. Auch hier könnte man stundenlang über die bürokratischen Hemmnisse klagen, dass die Städte bei den Spezialfahrzeugen nicht besser zusammenarbeiten können.

Die Ergebnisse und der Wahlkampf zur Landtagswahl werden möglicherweise wieder viel Unruhe in die Schullandschaft bringen. In Erkrath stellt sich erheblicher Regelbedarf als Konsequenz aus der demographischen Entwicklung dar. Unser Ziel ist, dass auch in Zukunft möglichst alle Schulabschlüsse in Alt-Erkrath erreicht werden können – einschließlich der Absolvierung der Regelform der Grundschule.

Mit Fleiß und Sachlichkeit können wir in den nächsten Jahren viel für Erkrath tun. Aber wir können nicht nur Neues aufbauen, an der richtigen Stelle ist auch mal ein Nein im Interesse der Allgemeinheit gefordert. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann die Stadt leisten.

Wie es auch geht zeigt Gerd Paulus beim Schulwegeplan. *BmU* und ADFC haben in einer Arbeitsgemeinschaft den ersten Erkrather Schulwegeplan zusammen mit Millrather Kindern, ihrer Schule, der Polizei und der Verwaltung erstellt. Ein Modell für Offene Schule und eine neue Qualität in der Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure.

Was die Millrather Kinder schaffen, sollten die im Rathaus doch auch schaffen. Statt eines Schulwegeplanes einen Stadtentwicklungsplan hinbekommen, der den Weg weist.